

der Festlegung des Termins für die EWR-Volksabstimmung zu einem heftigen Konflikt zwischen dem Landesfürsten und der Regierung einschliesslich des Landtags gekommen. Dieses Ereignis ging als «Staatskrise» in die Annalen ein. Kurz danach folgten im Frühjahr 1993 reguläre Landtagswahlen. Die VU, Mehrheitspartei zur Zeit der Auseinandersetzung mit dem Landesfürsten, trat mit dem amtierenden Regierungschef Hans Brunhart an, während die FBP den weitgehend unbekanntem Markus Büchel als Regierungschef-Kandidaten ins Rennen schickte. Die VU verlor knapp zwei Prozent der Stimmen und blieb zwar stimmenstärkste, nicht aber mandatsstärkste Partei. Im Herbst 1993 kam es zu vorgezogenen Neuwahlen, da die FBP ihren eigenen Regierungschef Markus Büchel absetzen wollte und im Zuge dessen der Landesfürst auch den Landtag auflöste. Die FBP verlor knapp drei Prozent und die VU wurde wieder stärkste Partei.²⁷

Die Wahlen 2005 fanden zwei Jahre nach der Verfassungsabstimmung von 2003 statt. Die VU hatte zur Verfassungsinitiative des Fürstenhauses kritisch beziehungsweise ablehnend Stellung genommen und verlor nach dem bereits schlechten Resultat von 2001 weitere rund drei Prozent an Stimmen. Ob dies mit der Haltung zur Verfassungsinitiative zusammenhängt, lässt sich nicht mit Sicherheit bestimmen. Gleichzeitig konnte die FL ihren Stimmenanteil von 8,8 auf 13,0 Prozent erhöhen, während die FBP gut 1 Prozent an Stimmen verlor. Das war aber nach vier Jahren Alleinregierung trotzdem noch ein sehr gutes Resultat für die FBP, und mit 48,7 Prozent der Stimmen trug sie weiterhin die Hauptverantwortung in der Regierung unter Regierungschef Otmar Hasler, nunmehr in einer Koalition mit der VU.

Mobilisierung, Marketing, Kampagnen

Abnehmende Parteibindungen, eine zunehmend anonyme Wählerschaft, steigende Parteienkonkurrenz und zunehmende mediale Vielfalt stellen die Parteien vor Herausforderungen. Die folgenden Ausführungen basieren auf Beobachtungen, Gesprächen, Erinnerungswissen und sek-

27 Diese turbulente Zeit wurde unter anderem beleuchtet von Eugster, Die liechtensteinische Regierungskrise von 1993.